

Sehr geehrter Herr Landrat Danner, liebe Kolleginnen und Kollegen,

Der Städtetag, der Gemeindetag, der Landkreistag, der baden-württembergische Handwerkstag, der baden-württembergische Industrie- und Handelskammertag, der Unternehmerverband Baden-Württemberg, der Sparkassenverband Baden-Württemberg und der baden-württembergische Genossenschaftsverband haben Ende Oktober einen offenen Brief an unseren Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann geschrieben.

Der Titel war: „In großer Sorge um unser Land“

und weiter heißt es darin:

Die ... Zeitenwende hat die Welt verändert und sie muss damit auch ganz konkrete Auswirkungen auf die Prioritätensetzung der ... Politikfelder haben“.

Der Titel unserer Sichtweise auf den Haushalt könnte angelehnt heißen: „In großer Sorge um unseren Kreis!“

Die Zeitenwende ist nicht nur ein Schlagwort der großen Politik, die man mit einem „Doppel-Wumms“ einfach so beseitigen kann, die Zeitenwende wird uns Neues und Ungewohntes abverlangen. Comic-Sprache hilft uns da nicht weiter, Politik ist nicht comic-fähig.

Die Zeitenwende begann bereits mit dem Coronavirus, als Winfried Kretschmann sagte, am Ende der Pandemie werden wir alle etwas ärmer sein.

Die großen Hilfspakete der Pandemiezeit haben viel Geld in die Märkte gepumpt. Ohne dass dem Wirtschaftsleistung in Form von Gütern oder Dienstleistungen gegenüberstand. Zwangsläufig resultiert daraus eine Inflation, die noch verstärkt wird durch den verbrecherischen Krieg gegen die Ukraine, der die Lieferketten, Produkte und Dienstleistungen zusätzlich verteuert.

Dem vielen Geld in den Märkten stehen dadurch weniger Produkte und Dienstleistungen gegenüber. Das bedeutet übersetzt: wir haben zwar immer noch das gleiche Geld aber können uns weniger leisten. Das geht jedem Privatmann so, jedem Unternehmen aber auch der öffentlichen Hand in Form der Städte, Gemeinden und der Kreise.

Was kann sich unser Kreis noch leisten? Leisten kann er es sich sicher nicht, dass die Kommunen ausbluten.

Deshalb hatten CDU und Freie Wähler im Sommer den Antrag gestellt - und der Kreistag mehrheitlich beschlossen - den Haushalt mit einem Hebesatz von 31,5% Punkten zu planen und eine Liste zu

ergänzen was aus Sicht der Verwaltung in welcher Priorität noch aufgenommen werden müsste. Diese beschlossene Vorgehensweise hätte sicher die Vorberatungen vereinfacht.

Nun haben wir Verständnis, dass die Verwaltung, und auch unser Gremium, gerne mehr Geld ausgeben wollen, aber wir werden uns eben mit dem gleichen Geld weniger leisten können, denn wenn Alle etwas „ärmer“ werden, ist es keine gute Idee einem Partner in den Geldbeutel zu greifen, der die gleichen Bürgerinnen und Bürger mit seinen genauso wichtigen Dienstleistungen versorgen muss.

Deshalb der Antrag mit 31,5%Punkten zu planen. Nun sind im HH-Plan-Entwurf 35,6%P aufgerufen worden.

Trotzdem haben wir diesen Vorschlag weitestgehend mitgetragen und in unseren Eckpunkten eine Kreisumlage von 35%P als Obergrenze formuliert. Dies allerdings auch für die Finanzplanungsjahre, denn es kann nicht nur das nächste HH-Jahr isoliert betrachtet werden, sondern falschen Entwicklungen muss frühzeitig begegnet werden. Und Kreisumlagehebesätze von annähernd oder gar über 40%P wären der Todesstoß für die Gemeinden. Wir mahnen seit Jahren an, dass es nicht zu solchen Entwicklungen kommen darf. Gut, dass es nun abgewendet ist.

Verbessert hat sich in den vergangenen Jahren die Herangehensweise an den Haushalt und wir anerkennen das Bemühen eine offene und strukturierte Diskussion mit weniger Änderungslisten zu führen. Offen ist die Frage, ob ein späterer Zeitpunkt der HH-Beratungen hier zu noch weniger Änderungen führt, denn Änderungen im Umfang von 2-stelligen Millionenbeträgen sollten schon im Vorfeld im HH-Entwurf enthalten sein. Dieses Bemühen wird allerdings durch immer neue Herausforderungen und Krisen teilweise zunichte gemacht.

Offene Punkte, an denen wir - auch nach dem HH-Beschluss - dringlich weiter arbeiten müssen:

Es muss für die Folgejahre ein Dreiklang hergestellt werden mit Einsparungen im Ergebnishaushalt, Maßhalten bei den Investitionen und einem gerade noch erträglichen Hebesatz für die Kommunen. Letzterer ist schon erreicht.

Die beiden anderen müssen dringlich angegangen werden.

Deshalb unser Antrag zu einer Globalen Minderausgabe von 4 Mio. €, der durchaus maßvoll ist, bei jedes Jahr wiederkehrend, durchschnittlich 14-15 Mio. € Verbesserungen am Jahresende. Und bei allen gegenläufigen Bekundungen, der Ergebnishaushalt muss in den Folgejahren deutlich verbessert werden, ohne dies wird kein Dreiklang möglich sein.

Deshalb auch der Antrag den Stellenplan mit einer Obergrenze zu versehen, denn jedes Jahr 1 Punkt mehr Kreisumlage nur um neue Stellen zu finanzieren, können wir uns schlichtweg nicht mehr leisten. Die Stellen für Asyl- und Flüchtlingsarbeit werden ja gesondert bilanziert.

Deshalb auch der Antrag zum Maßhalten bei den Investitionen, die in Straßen und Radwege verdoppelt werden sollen in 2023. Und das in einem Jahr, in dem die ersten Bauraten für 2 Großinvestitionen wie ASÜ und BSZ anstehen.

Das passt aus unserer Sicht nicht in die Zeit der Zeitenwende.

Ebenso wenig wie ein Klinikneubau. Deshalb ist sehr ernsthaft die Sanierungsvariante zu untersuchen. Oder einen Weg zu finden, wie ein Neubau außerhalb des Kreishaushalts zu finanzieren wäre. Auch dazu haben wir einen Antrag gestellt.

Vieles mehr könnte noch angesprochen werden, aber das werden wir heute nicht entscheiden können. Deshalb gilt es, rechtzeitig weiter an den genannten Themen zu arbeiten und unterjährig zusätzlich die unsicheren HH-Positionen im Auge behalten, notfalls auch unterjährig reagieren, damit der HH nicht aus dem Ruder läuft.

Bei all dem müssen wir unsere Ziele im Auge behalten und die dringlichsten Aufgaben zuerst angehen, keine neuen „Baustellen“ aufmachen und konzentriert an der Umsetzung der Projekte zu arbeiten.

Wir wünschen der Verwaltung ein gutes Händchen, diesen größten Haushalt aller Zeiten im nächsten Jahr zur positiven Entwicklung für die Bürgerinnen und Bürger umzusetzen.